

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 189 (2023)

Heft: 12

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEDEN

Langer Weg in die NATO

Schweden steht kurz vor dem Beitritt zur NATO. Ein Schritt, der das strategische Gleichgewicht in Nordeuropa verändern wird. Bekannt sind diesbezüglich die Reaktionen der Türkei. Präsident Recep Tayyip Erdogan hat sich, nachdem er am NATO-Gipfel in Lissabon noch seine Zusage erteilte, später gegen eine beschleunigte Aufnahme Schwedens in die NATO ausgesprochen. Erdogan argumentiert, dass Schweden zuerst seine Beziehungen zu den kurdischen Militanten klären müsse. Die Türkei betrachtet diese Gruppen als terroristische Organisationen und hat Bedenken geäußert, dass die Unterstüt-



Sind sich im Grundsatz einig: Schwedens Premier und der Präsident der Türkei. Bild: Presidency of the Republic of Türkiye

zung der Kurden durch Schweden die Sicherheit innerhalb der NATO gefährden könnte. Dies ist ein weiteres Beispiel für Erdogans oft konfrontative Haltung gegenüber anderen NATO-Mitgliedern und seine Bereitschaft, die Allianz als Plattform für seine eigenen politischen

Ziele zu nutzen. Erdogan hat aber unterdessen den Antrag Schwedens auf NATO-Mitgliedschaft dem türkischen Parlament vorgelegt. Trotz der formulierten Bedenken der Türkei hat Schweden betont, dass es seinen Teil zur Sicherung der NATO-Mitgliedschaft getan hat. Der schwedische Premierminister Ulf Kristersson äusserte sich zuversichtlich über den bevorstehenden Beitritt seines Landes zur Allianz und betonte dessen Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit mit der NATO in den letzten Jahren. «Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und sind nun bereit für die nächste Stufe», sagte der Premierminister. «Unser Beitritt zur NATO wird die Sicherheit in unserer Region stärken und unsere Fähigkeit verbessern, auf gemeinsame Herausforderungen zu reagieren.» Diese Aussa-

ge zeigt das Engagement Schwedens für die kollektive Verteidigung und seine Bereitschaft, die sich in letzter Zeit beim Wehrbudget bis hin zum Bau neuer Kasernen manifestierte. Natürlich hat die NATO die Bemühungen Schwedens begrüßt und betont, dass die Erweiterung der Allianz dazu beiträgt, die Sicherheit und Stabilität in Europa zu stärken. Die NATO hat jedoch auch klargestellt, dass alle neuen Mitglieder bestimmte Kriterien erfüllen müssen, einschliesslich der Achtung der demokratischen Prinzipien, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Verständlicherweise wurden die Kriterien im Sinne der Türkei formuliert, das selbst seit längerem durch Missachtung der eigenen Verpflichtungen in Sachen Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte auffällt. *pk*

EUROPA

Ende des Vertrags über konventionelle Streitkräfte

Ende Mai unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin ein Gesetz zur Annullierung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (Conventional Forces Europe/CFE-Vertrag). Kurz darauf erklärte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow, dass Russlands formelle Verurteilung des Vertrags keine direkten Auswirkungen haben wird, da der Mechanismus ohnehin seit langem nicht mehr funktioniere. Die USA und andere NATO-Mitglieder haben damals ihre Enttäuschung über Russlands Entscheidung zum Ausdruck gebracht und betont, dass der CFE-Vertrag ein wichtiges Instrument zur Vertrauensbildung und Sicherheitskooperation wäre. «Russlands Vorgehen steht im Widerspruch zu

den Bemühungen der Verbündeten, die CFE-Abmachungen aufrechtzuerhalten, und russische Argumente, die versuchen, den Rückzug mit den Umständen in der Ukraine oder dem Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO zu rechtfertigen, sind nicht glaubwürdig», kommentierte ein Sprecher des US-Aussenministeriums die Entscheidung des Kremls. Nun zog sich Russland am 7. November mitternachts offiziell vollends aus dem Vertrag zurück. Dieser, anfangs der Neunzigerjahre unterzeichnet, regelte die Begren-

zung von konventionellen Waffen in Europa und trug damals zur wesentlichen Stabilität der postsowjetischen Zeit bei. Die Entscheidung wird als Reaktion auf die NATO-Force Posture entlang deren Ostgrenze und den verstärkten Einsatz von Raketenabwehrsystemen in Osteuropa gesehen. Nur einen Tag später zogen deshalb die Alliierten nach. Norwegen und Kanada beschlossen, ihre Teilnahme am CFE vorübergehend auszusetzen. Ebenso die USA. Der Entscheidung folgte der Mitteilung des NATO-Nordatlantikrats, der in

einer Erklärung festhielt, dass die alliierten Mitgliedstaaten in global ihre Verpflichtungen gegenüber dem CFE aussetzen werden. Die Konsequenzen dürften indes marginal ausfallen. Denn Russland hält seine Verpflichtungen gegenüber dem CFE seit 2007 nicht mehr ein. Entsprechend wird nicht erwartet, dass unmittelbare Änderungen in der Aufstellung Russlands entlang der NATO-Grenzen zu erwarten sind. Dennoch blieb der NATO keine andere Wahl. Nach langer Beratung kamen die Alliierten zum Schluss, dass eine einseitige Aufrechterhaltung des CFE keine Sinn mache und mit der Aussetzung des Vertragswerks die eigene Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit massiv verstärkt werden kann. Der Vertrag wurde ursprünglich zwischen den NATO-Staaten und den Mitgliedern des Warschauer Pakts, den es bei Vertragsunterzeichnung bereits nicht mehr gab, am Pariser KSZE-Treffen im Jahr 1990 unterzeichnet und bis Ende



Die Unterzeichnung des CFE-Vertrags im Jahr 1990. Bild: OSZE

1992 von den Signaturstaaten ratifiziert. Er regelte, dass von beiden Seiten in Europa nicht mehr als 40 000 Kampfpanzer, 60 000 gepanzerte Kampffahr-

zeuge, 40 000 Artilleriewaffen, 13 600 Kampfflugzeuge und 4000 Angriffshelikopter stationiert werden dürfen. *pk*



Der Gaza-Gipfel in Riad Mitte November. Bild: Saudi Gazette

ARABISCH-ISLAMISCHE LÄNDER

Ein notfallmässiger Gaza-Gipfel

Zunehmende Uneinigkeit führte Mitte November zu einem gemeinsamen arabisch-islamischen Gipfel in Riad. Die Länder der Arabischen Liga waren über die einheitliche Herangehensweise im Zuge des von der Hamas angezettelten Gaza-Krieges gespalten. Dies führte zur Zusammenlegung der Gipfeltreffen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit und der Arabischen Liga. Das saudi-arabische Aussenministerium gab dazu am 10. November bekannt, dass die beiden Treffen als ein gemeinsamer Gipfel in Riad abgehalten werden würden. Offenbar hätten vier «einflussreiche Länder» in der Arabischen Liga die Annahme von Vorschlägen verhindert, die konkrete Massnahmen gegen Israel beinhaltet hätten. Einzig vage Vorschläge wurden unterbreitet, darunter angeblich das Verbot der Nutzung von US- und anderen Militärbasen in arabischen Ländern zur Versorgung Israels mit Waffen und

Munition, die Einfrierung diplomatischer, wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und militärischer Beziehungen zu Israel sowie Drohungen, Öl und wirtschaftliche Möglichkeiten einzusetzen, um Druck auszuüben. Libyen schlug ausserdem vor, dass die Abschlusserklärung der Konferenz eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Widerstand gegen die israelische Besatzung enthalten sollte. Diese Massnahmen wurden von 11 arabischen Ländern des 22 Mitglieder umfassenden Gremiums vorgeschlagen und unterstützt, darunter Palästina, Syrien, Algerien, Tunesien, Irak, Libanon, Kuwait, Katar, Oman, Libyen und Jemen. Die vier Länder, die dagegen gestimmt haben und diejenigen, die sich enthalten haben, wurden nicht bekannt gegeben. Pikant: Syriens Präsident Assad verurteilt damit die gleichen Handlungen, die er im eigenen Land mit Russlands Hilfe seit 2014 ausübt: die Bombardierung palästinensischer Flüchtlingscamps. Nicht thematisiert wurde zudem die Weigerung Jordaniens und Ägyptens, palästinensische Flüchtlinge aus Gaza aufzunehmen. *pk*

USA

Kampfgewicht zu hoch

Fettleibigkeit ist ein wachsendes Problem in der amerikanischen Gesellschaft und macht auch vor den Streitkräften nicht halt. In den letzten Jahren hat die Zahl der übergewichtigen und fettleibigen Soldaten in den USA zugenommen, was zu erheblichen Herausforderungen bei der Rekrutierung und Aufrechterhaltung der Kampfbereitschaft führt. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Einerseits spiegelt sie die allgemeine Tendenz in der amerikanischen Bevölkerung wieder, wo laut des «Centers for Disease Control and Prevention» fast 40 Prozent der Erwachsenen als fettleibig gelten. Andererseits spielen auch spezifische Faktoren eine Rolle, wie etwa die hohen Anforderungen des Militärdienstes, die oft mit Stress und unregelmässigen Essgewohnheiten einhergehen. «Die physischen Anforderungen des Militärdienstes können dazu führen, dass Soldaten zu schnellen, kalorienreichen Mahlzeiten zu greifen, um ihren Energiebedarf zu decken», erklärt ein Experte für militärische Gesundheit. «Dies kann jedoch leicht zu einer Gewichtszunahme führen, insbesondere wenn es an ausreichender körperlicher Aktivität fehlt.» Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind gravierend. Übergewichtige und fettleibige Soldaten haben ein höheres Risiko für eine Reihe von gesundheitlichen Problemen, darunter Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Gelenkprobleme. Dies kann ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigen und ihre Karriere im Militär vorzeitig beenden. Darüber hinaus erhöht es die Kosten für das Gesundheitswesen der Streitkräfte. Gerade vor dem Hintergrund der grösstenteils

ungeschützten Exposition gegenüber einem systemische Schäden verursachenden Virus während der Covid-Pandemie und den Langzeitfolgen der Infektion kommt es bei bis zu zehn Prozent der Mannschaft zu andauernden kardiovaskulären Schäden und endothelialen Dysfunktionen. Reinfektionen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Gepaart mit schlechtem Lebensstil ist dies eine verheerende Kombination. Um diesem Trend entgegenzuwirken, hat das US-Militär eine Reihe von Massnahmen ergriffen. Dazu gehören strengere körperliche Standards für Rekruten, regelmässige Fitness-Tests für aktive Soldaten und Programme zur Förderung gesunder Ernährung und Lebensweise. Einige Einheiten haben sogar spezielle Gewichtsmanagement-Programme eingeführt, um übergewichtige Soldaten zu unterstützen. Eine Studie ergab, dass die Prävalenz von Übergewicht und Fettleibigkeit bei aktiven Militärangehörigen zwischen 1995 und 2018 von 50,7 auf 66 Prozent gestiegen ist. Dieser Anstieg war in allen Altersgruppen, Geschlechtern und militärischen Rängen zu beobachten. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg der Fettleibigkeit bei jungen Rekruten. Laut der Studie stieg die Prävalenz von Fettleibigkeit bei Männern im Alter von 17 bis 24 Jahren von 6,3 im Jahr 1995 auf 16,6 Prozent im Jahr 2018. Bei Frauen in derselben Altersgruppe stieg sie sogar von 12,4 auf 26,6 Prozent. Die Studie zeigte auch, dass übergewichtige und fettleibige Soldaten ein höheres Risiko für Verletzungen haben. «Wir können es uns nicht leisten, diese Krise zu ignorieren», warnt Tracey Perez Koehlmoos, Direktorin des Zentrums für Gesundheitsdienstforschung an der Uniformed Services University in Bethesda, Maryland. «Die Gesundheit unserer Truppen ist entscheidend für unsere nationale Sicherheit.» *pk*

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

Ein Land im Krisenmodus

Die Demokratische Republik Kongo steht vor einer beispiellosen humanitären Krise, da die Zahl der Binnenvertriebenen auf ein Rekordhoch von fast sieben Millionen gestiegen ist. Dies geht aus einem Bericht der Internationalen Organisation für Migration (IOM) hervor. Kongo, eines der grössten und bevölkerungsreichsten Länder Afrikas, hat in den letzten Jahren eine Reihe von bewaffneten Konflikten erlebt. Insbesondere in den östlichen Provinzen Ituri, Nord- und Süd-Kivu so-



Ein Flüchtlingscamp bei Goma in der Nord-Kivu-Region. Bild: UNHCR

wie in der zentralen Provinz Kasai sind Millionen von Menschen auf der Flucht vor Gewalt und Unsicherheit. Diese Regionen sind seit langem Schauplätze von Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen, die um Kontrolle über Bodenschätze und politische Macht kämpfen. Bis anhin

versuchte eine beinahe 18 000 Soldaten und Spezialisten umfassende UNO-Schutztruppe, an der sich auch mehrere Schweizer Soldaten beteiligten, die östlichen Regionen zu befrieden. Mehr oder weniger erfolglos wurde diese jedoch nun beendet. Die UN-Mission zur Stabilisierung in der Demokratischen

Republik Kongo (Monusco) hat nämlich im August den Rückzug ihrer Mission im Land eingeleitet. Bintou Keita, die Leiterin der Monusco, erklärte auf einer Pressekonferenz in Kinshasa, dass der Abzug der Friedensmission nach «Erreichen der Mindestbedingungen des Übergangsplans» erfolge. Keita fügte hinzu: «Der Beginn von Monuscos Abzug aus der Demokratischen Republik Kongo ist bereits eingeleitet, aber wir brauchen einen würdigen und friedlichen Rückzug. Man beendet eine Mission nicht an einem Tag.» Es besteht die Befürchtung, dass die bevorstehenden Wahlen zu einer Eskalation der Gewalt führen könnten, insbesondere wenn es Vorwürfe von Wahlbetrug oder Manipulation gibt. *pk*

RUSSLAND

Raketentests, nukleare Abschreckung und Vertragsauflösung

Im Westen herrscht tiefe Besorgnis über Russlands Rückzug aus dem Kernwaffenteststopp-Vertrag (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treat/CTBT). Der CTBT spielt eine entscheidende Rolle bei der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung. Weltweit haben im November 2023 insgesamt 187 Staaten den Vertrag unterschrieben und 178 ratifiziert. Der Vertrag wird wirksam, 180 Tage nachdem die Staaten, die in Anhang 2 des Vertrags namentlich aufgeführt sind, diesen auch ratifiziert haben. Diese insgesamt 44 Staaten sind jene, die laut der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) im Jahr 1995 über Kerntechnologie verfügten, einschliesslich der offiziellen Atommächte. Der Kreml hat nun Ende Oktober seine Verpflichtungen für be-

endet erklärt und zog die Ratifizierung zurück. Die EU forderte Russland deshalb auf, seine Entscheidung zu überdenken und bekräftigt ihr Engagement für den CTBT. Knapp eine Woche nach dem Rückzug hat Russland erfolgreich einen Test mit einer ballistischen Rakete von einem U-Boot aus durchgeführt, wie die russische Marine bekannt gab. Das U-Boot Karelia feuerte eine Interkontinentalrakete des Typ Bulava ab, die ihr Ziel in der Nähe Kamtschatkas im Osten Russlands traf. Der Test wurde als Teil einer regelmässigen Überprüfung der Einsatzbereitschaft des nuklearen Abschreckungspotenzials durchgeführt. Die Bulava-Rakete ist eine strategische Waffe und kann mehrere Atomsprenköpfe tragen. Sie hat eine Reichweite von bis zu 8000 Kilometern und kann Ziele auf dem gesamten Globus treffen. Dieser erfolgreiche Test soll Russlands Position als eine der führenden Atommächte der Welt stärken. Putin setzt offenbar immer mehr auf die nukleare Abschreckung. Denn angeblich habe



Der Abschuss einer Bulava-Rakete. Bild: Russisches Verteidigungsministerium

Russland zu Beginn des Oktobers erfolgreich einen nuklearen Marschflugkörper getestet, der in der Lage ist, unbegrenzt lange Strecken zurückzulegen. Das russische Verteidigungsministerium behauptet, dass der Test der Burevestnik-Rakete erfolgreich verliefen sei und dass es sich dabei um eine «revolutionäre» Waffe handle. Experten sind jedoch äusserst skeptisch und weisen darauf hin, dass die Entwicklung einer solchen Waffe technisch dermassen schwierig und

mit erheblichen Risiken verbunden sei, dass grosse Zweifel an der Fähigkeit Russlands bestehen, eine solche Entwicklung zu vollenden. Die Burevestnik-Rakete soll dabei von einem nuklearen Reaktor angetrieben werden, ist atomwaffenfähig und in der Lage, jegliche Art von Raketenabwehrsystem zu überwinden. Die Verwendung eines nuklearen Reaktors als Antrieb birgt jedoch erhebliche Risiken für die Umwelt und könnte zu einer radioaktiven Kontamination führen. Am 5. November liess der Kreml eine weitere Bulava-Rakete steigen. Diesmal war es das Atom-U-Boot Zar Alexander III, das aus der weissen See nach Kura, Kamtschatka feuerte. Das Unterseeboot der Borei-Klasse erlangte mit diesem Test seine volle Seetüchtigkeit und dient fortan mit drei anderen baugleichen U-Booten, die jeweils mit 16 Bulava-Raketen bestückt sind, als Speerspitze der russischen Nuklearabschreckung. Weitere drei Boote befinden sich derzeit laut dem russischen Verteidigungsministerium noch im Bau. *pk*

SUDAN

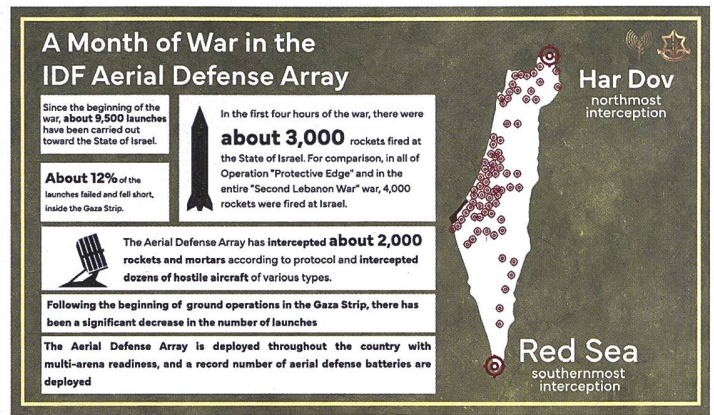
Eskalation in Darfur

Anfang November haben die USA die offizielle sudanesisische Regierung über ein möglicherweise bevorstehendes Massaker in Darfur durch die oppositionellen Rapid Support Forces (RSF) orientiert. Diese bestritt jegliche Kenntnis über einen geplanten Angriff. Entsprechend wandte sich Washington direkt an die RSF, den ehemaligen paramilitärischen Ableger der Regierung und nunmehr Regierungsgegner, und warnte diese vor dem geplanten Angriff. Betont wurde dabei auch vor allem, dass die USA bereit wären, entsprechende Massnahmen zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Darfur war in den letzten Jahren Schauplatz von Gewalt und Konflikten, bei denen Tausende von Menschen getötet wurden und Millionen vertrieben wurden. Die internationale Gemeinschaft hat wiederholt versucht, Frieden und Stabilität in der Region herzustellen, jedoch ohne grossen Erfolg. Der Aufforderung der USA an die sudanesisische Regierung, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, wurde letztendlich keine Folge geleistet. Denn bereits wenige Tage danach wurden die

schlimmsten Befürchtungen wahr. Innerhalb von 72 Stunden wurden laut UNO-Berichten mindestens 800 Personen des Masalit-Stammes im Rahmen einer ethnischen Säuberung durch die RSF und ihre Verbündeten in West-Darfur getötet. Den RSF, die aus den islamistischen Janjaweed Milizen hervorkamen, werden nahe Kontakte zu Qatar vorgeworfen. Angeblich wird die Miliz auch durch die prorussische Wagner-Gruppe ausgebildet. Der hohe Flüchtlingskommissar der UNO und damit Vorsteher des UNHCR, Filippo Grandi, warnt vor den Folgen der jüngsten Ereignissen: «Diese schrecklichen Handlungen verdeutlichen erneut das Muster von Missbräuchen im Zusammenhang mit militärischen Angriffen.» Er verweist dabei direkt auf den damaligen Völkermord in Darfur, bei dem zwischen 2003 und 2005 schätzungsweise 300 000 Menschen ums Leben kamen, und warnte davor, dass sich eine «ähnliche Dynamik entwickeln könnte». Seit April wurden mehr als 4,8 Millionen Menschen intern vertrieben und 1,2 Millionen sind in Nachbarländer geflohen. Laut den Vereinten Nationen flohen allein in der ersten Novemberwoche mindestens 8000 Menschen aus dem Sudan nach Tschad. *pk*



Zerstörung in Al-Fasher, Darfur. Bild: africanews



Ein Monat Krieg gegen Israel. Bild: IDF

ISRAEL

Ein Monat Raketenbeschuss

Seit dem Hamas-Massaker in Israel am 7. Oktober mit mehr als 1400 Toten und über 4500 Verletzten, die auch einen Monat später noch hospitalisiert sind, riss der Raketenbeschuss durch die islamistischen Terroristen nicht ab. Wurden laut Hamas-Quellen bereits am ersten Tag knapp 4000 Raketen abgefeuert, was die Israelische Armee (IDF) als stark übertrieben bezeichnete, wurden in den ersten vier Wochen des Krieges laut IDF insgesamt über 9500 Raketen aus Gaza nach Israel gefeuert. Laut Armeesprecher Jonathan Conriscus kann sich Israel dabei glücklich schätzen, dass «wir über ein System wie Iron Dome verfügen». Mit einer Abfangquote von bis zu 90 Prozent würde die Situation sonst gänzlich anders aussehen. Dennoch schlagen immer wieder ungezielte Raketen in zivile Infrastruktur ein. Beispielsweise wurde das Spital in Ashdod bereits zweimal getroffen. Das weitere Problem bildet die Bindung der Kräfte an der Zweiten Front in Galiläa, entlang der Grenze zum Libanon. Dort kommt es immer wieder zu Scharmützeln mit der vom Iran unterstützten aus dem Libanon heraus operierenden Hisbollah, die präferiert mittels

Panzerabwehrenkwaffen gegen militärische Infrastruktur der IDF wirkt. Im Libanon lehnen sich derweil immer mehr Stimmen gegen die Hisbollah auf. Zu präsent ist die Erinnerung an die Kriegstage im Juli und August des Jahres 2006, das den Süden zerstört hinterliess. In diese Kerbe schlägt auch Premier Netanyahu. Er droht offen, im Falle eines Kriegseintritts der Hisbollah den Libanon zu zerstören und aus Beirut ein zweites Gaza zu machen. Ebenfalls entlang der Grenze zu Syrien im Golan kommt es immer wieder zu Angriffen. Präventiv hat Israel die Flughäfen in Damaskus und Aleppo bombardiert, als Flüge aus dem Iran versuchten, Kämpfer der Revolutionsgarden vorzupositionieren. In Syrien und dem Irak greifen dabei auch die US-Streitkräfte immer wieder Positionen der Pasdaran an. Nicht zuletzt deshalb, weil Teheran wiederholt US-Basen im Irak beschoss. Die US Navy verhinderte währenddessen schon mehrere Raketenangriffe aus dem Jemen in Richtung Israel, indem sie mit ihrer seegestützten Air Defense aus dem Golf von Aden wirkt. Dies ist mitunter auch der Grund, warum in Jordanien unterdessen Patriot-Systeme aufgestellt wurden. Denn schon mehrmals schlugen Geschosse aus dem Jemen, allesamt von den durch den Iran unterstützten Houthis Rebellen abgefeuert, in der Wüste um Aqqaba ein. *pk*